

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

Nachlassende Standortqualität?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1992) : Nachlassende Standortqualität?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 2, pp. 60

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136845>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist die seit wenigen Wochen wieder aufgeflamte Diskussion um den „Standort Deutschland“ und den Exodus deutscher Industrieunternehmen nur eine von Arbeitgeberseite geschickt inszenierte Begleitmusik zur Tarifrunde 1992? Oder haben sich die Investitionsbedingungen in der Bundesrepublik wirklich nachhaltig verschlechtert, mit allen Konsequenzen für künftiges Wachstum, Realeinkommensentwicklung und Beschäftigung?

Die empirische Evidenz ist nicht eindeutig. Ungeachtet wachsender „realer“, wechselkursbereinigter Lohnstückkosten sind die Anlageinvestitionen der privaten Wirtschaft in Ausrüstungen und Gewerbebauten (ohne Wohnungsbau), relativ zum Bruttosozialprodukt, seit Mitte der 80er Jahre deutlich gestiegen. Bereits 1989, also noch vor der deutschen Vereinigung, erreichte die (so definierte) Investitionsquote mit 12 ½% das höchste Ergebnis seit 1972. Bis 1991 hat die Quote für Westdeutschland weiter auf 13 ½%, für Gesamtdeutschland auf 13 ¾% zugenommen. Sie bewegt sich damit – voraussichtlich auch 1992 – in einem Bereich, der zuletzt in den 60er Jahren realisiert wurde.

Die Bilanz der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen mit ihrem hohen Saldo zugunsten der deutschen Nettokapitalanlagen im Ausland (1990: 33,6 Mrd. DM, 1991 bis November: 24,4 Mrd. DM) sagt wenig über die tatsächliche Realkapitalbildung im In- und Ausland und die Standortqualität der Bundesrepublik aus: Japan wäre nach diesem Kriterium ein miserabler Standort – offensichtlich aber nur für ausländische Unternehmen. Dennoch lassen die nur schwer vergleichbaren und gelegentlich widersprüchlichen internationalen Statistiken so viel erkennen: Die kräftigen ausländischen Investitionsströme in und nach Europa sind in den letzten Jahren an Deutschland weitgehend vorbeigeflossen. Großbritannien, Spanien, Portugal



Hans-Eckart Scharrer

Nachlassende Standortqualität?

und möglicherweise auch andere Länder liegen bei der Ansiedlung neuer Unternehmen „auf der grünen Wiese“ mittlerweile vorn.

Dies ist auch keineswegs erstaunlich. Den Stärken des Unternehmensstandorts Bundesrepublik – zentrale geographische Lage im wirtschaftlichen Ballungsraum Europa, leistungsfähige Zulieferindustrien, gute Infrastruktur, innovatives technologisches Umfeld, qualifizierte Arbeitskräfte, soziale und politische Stabilität – stehen bekanntlich eine ganze Reihe von Nachteilen gegenüber. Zu ihnen zählen die im internationalen Vergleich höchsten Arbeitskosten (Löhne und Lohnnebenkosten), die wohl kürzesten Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeiten, ein rigides Arbeitsrecht, vergleichsweise hohe (nominale) Unternehmenssteuern, hohe Energiepreise, strenge Umweltauflagen bei der Produktion, lange Genehmigungszeiten bei Investitionen.

Das alles ist nicht neu, und die genannten Standortnachteile haben die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik in der Vergangen-

heit nicht nachhaltig beeinträchtigt. Neu ist allerdings, daß die internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen sich verschoben haben. Die Mobilität des internationalen Kapitals hat zugenommen. Zahlreiche Länder haben den Standortwettbewerb aufgenommen, Unternehmensteuern gesenkt, Hemmnisse gegenüber ausländischen Investoren abgebaut und einen moderaten, beschäftigungsorientierten Kurs in der Lohnpolitik eingeschlagen. Mit den Ländern Mittel- und Osteuropas sind neue, ebenfalls zentral gelegene Standorte mit geringen Arbeitskosten hinzugekommen. Auch ohne zusätzliche Kostenbelastungen für die Unternehmen, wie sie in der Bundesrepublik derzeit diskutiert oder schon verwirklicht werden (hohe Tarifabschlüsse, weitere Arbeitszeitverkürzung, Pflegeversicherung, neue Umweltauflagen), hat sich daher die Qualität des Industriestandorts Deutschland relativ verschlechtert.

Angesichts der ökonomischen und sozialen Herausforderungen, die nicht zuletzt der deutsche Einigungsprozeß mit sich bringt, muß dies zu denken geben. Die Bundesrepublik braucht in den nächsten Jahren mehr, und nicht weniger, Realkapital. Es gilt, den Deindustrialisierungsprozeß in Ostdeutschland zu stoppen und umzukehren, vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und für drei Millionen offen oder verdeckt Arbeitslose (plus zwei Millionen in den westlichen Bundesländern) neue produktive Arbeitsplätze zu schaffen. Soll dies gelingen, und sollen überdies Investitionen in Ostdeutschland nicht zu Lasten von Investitionen – und damit künftigen Einkommens- und Beschäftigungschancen – in den alten Ländern gehen, dann ist es nötig, mehr Kapital im Lande zu halten und mehr ausländisches Investitionskapital anzuziehen. Das erfordert eine glaubwürdige Standortpolitik für Gesamtdeutschland, die sich an diesem Ziel orientiert.